

Abstimmung vom 17. Mai 1992 : sieben Abstimmungsvorlagen - sechs Ja

Autor(en): **Tschanz, Pierre-André / Willumat, Heidi / Rusconi, Giuseppe**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **19 (1992)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910389>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Abstimmung vom 17. Mai 1992

Sieben Abstimmungs- vorlagen – sechs Ja

In der eidgenössischen Volksabstimmung vom 17. Mai 1992 wurde über die Rekordzahl von sieben Vorlagen abgestimmt. Sechs Vorlagen wurden angenommen, eine einzige wurde verworfen.

Bretton-Woods-Beitritt

55,8 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben den Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods (Internationaler Währungsfonds und Weltbankgruppe) gutgeheissen. Das Bundesgesetz, das diese Mitwirkung regelt, wurde mit 56,4 Prozent Ja-Stimmen angenommen.

Gewässerschutz

Mit 66,1 Prozent Ja gegen 33,9 Prozent Nein wurde der Gesamtrevision des Gewässerschutzgesetzes zugestimmt. Die neue Regelung über den Gewässerschutz soll jede übermässige Verbauung fließender Gewässer verhindern und eine Mindestrestwassermenge im speziellen unterhalb von Wasserkraftanlagen sichern.

Dagegen hat der Souverän die Volksinitiative «zur Rettung unserer Gewässer» klar verworfen: mit 62,9 Prozent Nein-Stimmen und Einstimmigkeit aller Kantone. Diese Initiative, die viel

Im dritten Anlauf ist mit der Annahme des Zivildienstes eine jahrzehntealte Forderung erfüllt worden. Die Durchführung dieses Ersatzdienstes wird allerdings keine leichte Sache sein. (Foto: Keystone)



strengere Regelungen vorsah, war von Kreisen der Grünen und der Fischerei lanciert worden.

Fortpflanzung und Gentechnologie

73,8 Prozent der Stimmenden sowie alle Kantone, der Kanton Wallis ausgenommen, haben ja gesagt zum neuen Verfassungsartikel über Fortpflanzungs- und Gentechnologie. Dieser Artikel soll Menschen, Tiere und Pflanzen vor Missbräuchen in der Gentechnologie schützen. Im einzelnen sieht er die Regelung der In-vitro-Befruchtung und ein Verbot der Leihmutterchaften sowie des Handels mit Embryonen vor.

Zivildienst

Alle Kantone und 82,5 Prozent der Stimmbürger befürworteten den Bundesbeschluss über die Einführung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen. Es handelt sich dabei nur um die Aufnahme eines Grund-

Kommentar

Erstens: Die Stimmbeteiligung überstieg trotz der Bedeutung und der Verschiedenheit der zur Abstimmung stehenden Vorlagen die 40-Prozent-Grenze nicht. Obwohl man sich in der Schweiz an solche Prozentsätze gewöhnt ist, hätte man diesmal doch ein wenig mehr erwarten können, nicht zuletzt deshalb, weil die Sonntagsausflügler von der brieflichen Stimtabgabe hätten profitieren können. Tatsache ist, dass einige Vorlagen sehr komplex waren; ausserdem sind gewisse Ermüdungserscheinungen bei den Stimmbürgern festzustellen. Daneben besteht vermutlich auch eine gewisse Resignation, eine Distanzierung von der vom Bundeshaus «herab» gemachten Politik (dies ist im Tessin der Fall), von kürzlichen Regierungsbeschlüssen, wie zum Beispiel demjenigen über die Versuche mit der Abgabe von Heroin an Süchtige.

EG-Beitrittsgesuch

Überraschend hat der Bundesrat am 18. Mai 1992 beschlossen, demnächst ein Gesuch für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EG zu stellen. Der positive Ausgang der Abstimmung über Weltbank und Währungsfonds, so hiess es, habe die Mehrheit in ihrer Haltung bestärkt.
WIL

satzes in die Verfassung. Das Parlament wird nun ein Gesetz zum Zivildienst ausarbeiten müssen.

Sexualstrafrecht

73,1 Prozent der Stimmenden befürworteten die Revision der Bestimmungen über sittliche Verstösse im Strafgesetzbuch. Die Schutzaltersgrenze von 16 Jahren wird beibehalten, das neue Gesetz entkriminalisiert jedoch die «Jugendliebe» bei einem Altersunterschied von nicht mehr als drei Jahren. Das neue Recht toleriert die sogenannte sanfte Pornographie, bestraft jedoch die harte Pornographie strenger. Schliesslich wird die Vergewaltigung in der Ehe, wenn eine Klage durch das Opfer erfolgt, für strafbar erklärt.

Bei dieser Abstimmung lag die Stimmbeteiligung leicht unter 38 Prozent.
P.-A.T. ■

Zweitens: Abgesehen von der mässigen Stimmbeteiligung muss das Ja einer Mehrheit der Bevölkerung zum Beitritt zum IWF als wichtiges Signal verstanden werden. Es ist ein Zeichen der internationalen Öffnung, die noch vor einigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre. Aber übertreiben wir den Optimismus

Giuseppe Rusconi

in bezug auf die nächsten «europäischen» Termine nicht. Der Bürger spürt den IWF nicht direkt am eigenen Leib, bei Europa wird dies jedoch der Fall sein. Und die Dinge könnten sich ändern, auch wenn wir es uns nicht wünschen.

Drittens: Eine grosse Mehrheit derjenigen, die zur Urne gegangen sind, hat den Verfassungsartikel zum Zivildienst gutgeheissen. Wenn wir daran denken, dass 1977 und 1984 zwei Initiativen zum Zivildienst deutlich abgelehnt wur-

Presseschau

Viele Tageszeitungen widmeten den Abstimmungsergebnissen mehr als eine Seite. In den Schlagzeilen wurde vor allem die unerwartete «Öffnung» der Schweiz gegenüber der Welt unterstrichen.

Neue Zürcher Zeitung

In der dem Freisinn nahestehenden Tageszeitung von Zürich schreibt Christoph Wehrli: «Der Schritt zur Mitverantwortung im System von Bretton Woods ist wichtig und erfreulich. Die Schlüsselrolle der beiden Institutionen ist gerade im Abstimmungskampf hervorgetreten, und der Entscheid gewinnt durch die direktdemokratische Legitimation noch an Bedeutung. Die Zustimmung ist nicht überwältigend, aber mit einem Ja-Anteil von 56 Prozent klar ausgefallen.» Aber: ««Bretton Woods» im speziellen konnte nicht auf Popularität zählen, und der Beitritt wurde nicht nur von Verfechtern einer isolationistischen «Unabhängigkeit», sondern auch aus entwicklungspolitischen Motiven bekämpft.» Wehrli bemerkt ausserdem: «Mit Blick auf die Europapolitik war die Abstimmung über IMF und Weltbank da und dort als Test betrachtet worden.» Und: «Die beiden Themenkomplexe sind verschieden.»

den, stellen wir auch hier ein Umdenken fest. Die wirkliche Schlacht jedoch, nämlich diejenige um die Form des Zivildienstes, wird erst bei der Diskussion über die Ausführungsgesetzgebung stattfinden.

Viertens: Das Volk hat mit einer deutlichen Mehrheit auch zwei «moralische» Vorlagen angenommen: die Regelung der In-vitro-Befruchtung und die Revision des Sexualstrafrechts, die im Parlament viele Diskussionen ausgelöst hat, vor allem bezüglich der Entkriminalisierung der «Liebe unter Jugendlichen». Nein sagte einzig das katholische Wallis, das beide Reformen für zu wenig «streng» hielt.

Fünftens: Die Volksinitiative zur Rettung der Gewässer wurde von einer klaren Mehrheit abgelehnt, weil die Initiative «zuweit» ging (und weil eine Erhöhung der Stromtarife befürchtet wurde); das Gewässerschutzgesetz, das den heutigen Zustand leicht verbessert, wurde hingegen angenommen. ■

CORRIERE DEL TICINO

«Die Zustimmung der Stimmbürger zum Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen kann als unerwarteter Erfolg bezeichnet werden», urteilt Carlo Manzoni von der grössten Tageszeitung (unabhängig bürgerlich) der italienischen Schweiz und meint weiter: «In Wahrheit haben es wenige vorausgesagt, auch wenn viele im offiziellen Bern es gehofft hatten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es schwierig ist, in einer Volksabstimmung ein Projekt durchzubringen, das gleichzeitig von rechts und von links bekämpft wird.» Im Gegensatz zu Wehrli sieht Manzoni eine Verbindung zwischen der Abstimmung zu Bretton Woods und derjenigen zum Europäischen Wirtschaftsraum: «Nach dem gestrigen Resultat kann auch die Ende Jahr zu erwartende Abstimmung zu Optimismus verleiten.»

24 heures

Zu ähnlichen Schlüssen gelangt auch Denis Barrelet von der Lausanner Tageszeitung «24 heures» (unabhängig, Mitte-links): «Weg mit der nationalistischen Arroganz, die uns einflüsterte, dass man, um glücklich zu sein, die Hungernden in ihren Sterbelagern vergessen soll. In den Mülleimer mit der in der Deutschschweiz anzutreffenden Dritte-Welt-Scheinheiligkeit, die uns glauben machen wollte, dass sich der IWF unseren Vorstellungen gemäss ändern würde, wenn wir ihm nur den Rücken kehren würden! Gestern hat die Vernunft gesiegt. Und auch ein gesundes Selbstbewusstsein.» Barrelet fährt fort: «Seit gestern wissen wir, dass die Schweizer von ihrem Igel-Dasein Abschied genommen haben. Alpentransversale, Europäischer Wirtschaftsraum, EG-Beitritt: Es ist erlaubt, diese Aufgaben mit einer gewissen Zuversicht in Angriff zu nehmen.»

Basler Zeitung

Über die Annahme des Verfassungsartikels zum Zivildienst schreibt Peter Amstutz in der Basler Tageszeitung (unabhängig, Mitte-links): «Seit gestern gehört zum Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht eine zweite Verfassungsregel: Mit einer Klarheit, die keine Umdeutungsversuche zulässt, haben Volk und Stände, im Vertrauen auch auf eine hoffentlich friedlichere Zukunft in Europa, den Weg freigemacht für eine

Hängige Volksinitiativen

Für eine umweltgerechte und leistungsfähige Landwirtschaft
Melchior Ehrler, Laurstrasse 10
CH-5200 Brugg/AG

Für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag
Rudolf Keller, Prattlerstrasse 7
CH-4402 Frenkendorf/BL

Zum Ausbau der AHV und IV
Fritz Leuthy, Monbijoustrasse 61
Postfach, CH-3000 Bern 23

S.o.S.-Schweiz ohne Schnüffelpolizei
Katherin Weber, Postfach 6948
CH-3001 Bern

Bauern und Konsumenten – für eine naturnahe Landwirtschaft
Urs Meier, WWF-Schweiz
Förrlibuckstrasse 66, CH-8037 Zürich

Gegen die illegale Einwanderung
Max Friedli, Ahornweg 2
Postfach, CH-3000 Bern 9

Lösung des leidigen Dienstverweigererproblems. Unter einer einzigen Bedingung: Von freier Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst soll keine Rede sein.»

Nouvelliste et Feuille d'Avis du Valais

Den Abschluss dieser Übersicht bildet ein Artikel von François Dayer von der grössten Tageszeitung (katholisch) im Kanton Wallis zum Ja des Volkes zur Revision des Sexualstrafrechts: «Die Ablehnung von zwei «moralischen» Vorlagen einzig durch den Kanton Wallis wird die Flut der von unseren treuen Bewunderern in der deutschen Schweiz geschriebenen Glossen nicht versiegen lassen. Da dieses Abstimmungsergebnis im Wallis im Kontrast zu den Ergebnissen der anderen Vorlagen stand, kann festgehalten werden, dass moralische Werte in diesem Kanton noch Gültigkeit besitzen und die Kirche – die keine Weisungen erlassen, aber die Richtung gewiesen hat – vom Volk nicht als unbedeutende Grösse betrachtet wird. In der heutigen Zeit ist eine solche Feststellung ziemlich beruhigend.» ■

Eidgenössische Volksabstimmungen

27. September 1992

6. Dezember 1992

Gegenstände noch nicht festgelegt